

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Bauverwaltung

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
Gemeinde Oy-Mittelberg Hauptstraße 12 87466 Oy-Mittelberg Telefon: +49 8366 9842-0 E-Mail: gemeinde@oy-mittelberg.de	actago GmbH Straubinger Straße 7 94405 Landau Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: August 2023	

Zwecke der Datenverarbeitung:
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bauberatung, Verwaltungsmäßige Vorbehandlung von Bauanträgen, Vorlage bei der Genehmigungsbehörde ▪ Vorlage im Gemeinderat, ggf. Behandlung im Bauausschuss, Ortstermine, Baubesprechungen ▪ Gemeindeentwicklungs- und Bauleitpläne, Bebauungspläne, Flächennutzungspläne ▪ Bearbeiten der Anzeigen zur Beseitigung von baulichen Anlagen ▪ Baugenehmigungsverfahren, Genehmigungsfreistellungsverfahren ▪ Verwaltungsangelegenheiten des Bauwesens (u. a. Führung Bauantragsverzeichnis, Hausnummernvergabe, Statistiken, Stellungnahmen, Bau- und Grundstücksdatenverwaltung) ▪ Denkmalschutz-Aufgaben und -liste sowie Anträge nach dem Denkmalschutzgesetz ▪ Bauverwaltung, Erfassen und Erteilung von isolierten Abweichungen ▪ Gesetzes- und Verordnungsvollzug bzgl. Wasserhaushalt, Wasser, Lager, Wohnungseigentum, Gebot der Zweckentfremdung von Wohnraum ▪ Vorkaufsrechte ▪ Vertragliche Vereinbarung bei der Umsetzung der Ausgleichsflächenregelung ▪ Grenzregelungsverfahren ▪ Amtliche Bekanntmachungen ▪ Erschließungs- und Folgelastenverträge, Abrechnung von Erschließungs- und grundstücksbezogenen Beiträgen, Herstellungsbeiträgen und Anschlussgebühren für Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen ▪ Geografisches Informationssystem, Fertigung amtlicher Lagepläne, Auskunft über Grundstücke und Gebäude ▪ Bau- und Liegenschaftsregister, Digitales Kanal- und Wasserkataster, Flächenmanagement ▪ Anliegerkontakt bei Baumaßnahmen

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i. V. m. Art. 4 BayDSG ▪ Bayerische Gemeindeordnung (GO) ▪ Gesetz über Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) ▪ Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. Bayerische Bauordnung (BayBO), Baunutzungsverordnung (BauNVO) ▪ Bayerisches Denkmalschutzgesetz ▪ Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) ▪ Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ▪ Kommunalabgabengesetz (KAG), Kommunale Satzungen ▪ Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) ▪ Vermessungs- und Katastergesetz und Verordnung über den automatisierten Abruf von personenbezogenen Daten aus dem Liegenschaftskataster (ALB-Abrufverordnung - ALBV)

Quelle der Daten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden:
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Amtliches Liegenschaftskataster ▪ Geo-Informationssysteme

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Bedienstete/Organisationseinheiten innerhalb der Gemeindeverwaltung
- Gemeinderat
- Landratsämter als Baugenehmigungsbehörde: Austausch der Bauantrags- und Baugenehmigungsdaten nach Art. 68 Bayerische Bauordnung (BayBO)
- Fachstellen im LRA (z.B. Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Untere Denkmalschutzbehörde)
- externe Fachbehörden (z.B. Staatliches Bauamt, Autobahndirektion, AELF, Landesamt für Denkmalpflege)
- zuständige Gemeinde
- bevollmächtigter Kaminkehrer Meister
- beauftragte Firmen bei Ersatzvornahmen (z.B. Statiker, Abbruchunternehmen)
- Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADBV)
- Online-Statusabfrage zum OTS Genehmigungsverfahren bei der Baugenehmigungsbehörde
- Online-Einsichtnahme in die OTS BAUAKTE bei der Baugenehmigungsbehörde
- Dateiimport der Antragsdaten des Antragstellers bzw. Entwurfsverfassers im Xbau – Format
- Betreiber des GIS-Webportals

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

- Bauantrags- und Baugenehmigungsdaten (einschließlich Genehmigungsfreistellungsdaten), Beseitigungsanzeigen, Erlaubnisse nach dem Denkmalschutzgesetz) sind grundstücksbezogen. Sie dürfen grundsätzlich nicht gelöscht werden, weil sie Bestandsschutz genießen.
- Die für Protokollzwecke erfassten Angaben müssen nach Ablauf des auf die Erstellung des Protokolls folgenden Kalenderjahres vernichtet werden (§ 4 Abs. 4 ALBV).
- Beitragsberechnungsgrundlagen (z.B. Gebäude, Geschossflächen, Vollgeschossen) dürfen nicht gelöscht werden, weil sie auch für zukünftige beitragspflichtige Maßnahmen benötigt werden.
- Erschließungs- / Straßenausbaudaten (z.B. Baukosten, Abrechnungen eines Gebietes, Beiträge pro Grundstück) werden aus beitragsrechtlichen Gründen für die normale Nutzungsdauer einer Straße und damit mindestens 25 Jahre lang benötigt, um nachweisen zu können, dass eine neue Straßenbaumaßnahme erforderlich ist. Zudem dürfen Buchungssätze nicht vor Ablauf der fünfjährigen Zahlungsverjährung gelöscht werden (Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 Buchst a KAG i. V. mit § 228 Abgabenordnung). Zu beachten ist ferner die sechsjährige Aufbewahrungspflicht für Belege (§ 37 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 i.V.m. § 82 Abs. 2 Sätze 2 - 4 KommHV-Kameralistik und § 33 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 i.V.m. § 69 Abs. 2 Sätze 2 - 5 KommHV-Doppik).
- Die Eigentümer werden historisiert und bilden das Grundbuch nach.

Information zu Betroffenenrechten – nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf Berichtigung bei unrichtigen personenbezogenen Daten (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München. Telefon: +49 89 212672-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Ohne die Bereitstellung der erforderlichen Daten kann die Kommune nicht für Sie tätig werden und Ihren Antrag nicht bearbeiten.